

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meckeln und Dresden-Litfabn

Abonnementspreis einschließlich Frangierlohn in der 51. Woche vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1 Million M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M., Einzelnummer 200 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Gewerbepreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Brog. Rabatt. Für Briefunterlegung 10 Pf.

Nr. 291

Dresden, Sonnabend den 15. Dezember 1923

34. Jahrg.

Müller vor dem Rechtsausschuß

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:
Im Auftrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat Genosse Dittmann an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem anlässlich der letzten Verurteilung des Generals Müller die Einberufung des Rechtsausschusses gefordert wird. Die fragliche Verurteilung verleiht dem im Wehrkreis IV verbotenen Organisationen, darunter der Kommunistischen und der Deutschsozialistischen Partei, die Aufstellung von Wahlvorschlägen für die im Januar vorzunehmenden sächsischen Gemeindevahlen. Genosse Dittmann begründet die Forderung nach Einberufung des Rechtsausschusses wie folgt:
„Die Verfügung des Dresdner Militärbefehlshabers verletzt Artikel 17 der Reichsverfassung und § 107 des Reichsstrafgesetzbuchs. Sie hebt die dort garantierte Freiheit der Wahl bei Gemeindevahlen für bestimmte Teile der Wählerschaft auf. Gegen diese Verletzung der Reichsverfassung und des Gesetzes sofort Stellung zu nehmen und ihre Aufhebung zu verlangen, ist die Pflicht und gemäß Artikel 48, Absatz 3 der Reichsverfassung, das Recht des Reichstages.“

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages beantrage ich daher, unverzüglich veranlassen zu lassen, daß der für die Zeit der Verlesung des Reichstages mit der Prüfung der erst Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Maßnahmen betraute Rechtsausschuß des Reichstages sofort zusammenberufen wird, um die Aufhebung der Verfügung des Dresdner Militärbefehlshabers zu erwirken.
Es ist um so mehr zu geboten, als die sächsischen Gemeindevahlen bereits am 13. Januar 1924 stattfinden und für ungültig erklärt werden müssen, wenn die teilweise Aufhebung der Wahlfreiheit bestanden bleibt.“

Selbstmord der Demokratie?

Zu dem Wahlsatz des Generals Müller, der den verbotenen Parteien die Aufstellung von Wahlvorschlägen untersagt, schreibt das Hamburger Echo:
„Gott sei Dank, es geschieht Gewalt!“ Mit diesen Worten begrüßte ein großer Führer der Zentrumspartei jene Gewalttaten, mit denen Dittmann den Kulturkampf einleitete. Er wußte, daß Gewalt die stärksten Kräfte des Gemütes herausfordert und damit die eigene Niederlage herbeiführt. In der gleichen früh-

lichen Gewißheit konnte die Sozialdemokratie auf das zu ihrer Ueberwindung bestimmte Gesetz pfeifen. Sie wußte, die Gewalt werde sich selbst umbringen.
Weich herkömmlichen Gemütes können allerdings die verbotenen Parteien ihr Vorgehen nicht behaupten. Denn sie sind selber Gläubige der Gewalt. R. P. D. und Nationalisten so gut wie Deutschsozialisten haben ja oft in die Welt hinausgeschrien, daß sie die Mittel der Demokratie zerstampfen und mit Waffengewalt die terroristische Herrschaft einer Minderheit errichten wollen. Das Staatswejen der Demokratie hat moralisch das Recht und politisch die Pflicht, alle seine Kräfte zu seiner Selbstbehauptung einzusetzen und jeden, der zur Gewaltanwendung gegen die demokratische Ordnung aufruft, mit der Kanarienvogel niederzuschlagen. Jedes Zaudern wäre Verrat, Weichmütigkeit, Verbrechen. Hier kann hier darf es kein Kompromiß geben. Ihre staatliche Grundgesetz muß die Demokratie wahren. Das General Müller tut, ist jedoch nicht Wahrung, sondern Mißhandlung des Grundgesetzes der Demokratie. Mißhandlung und Ermüdung!

Das ist ja geradezu der Sinn der Demokratie, daß sie jeder Richtung Gelegenheit zur geordneten Betätigung gewährt. Sie nützt die schlimmste Verfehlung auf den Boden der Tatsachen und zwingt die vermorensten Bestrebungen zur Selbstbesinnung. Die demokratischen Institutionen sind zugleich ein Barometer, an dem der Staatsleiter das politische Wetter ablesen kann. Wer dieses Barometer zerbricht, der beraubt den Staat seiner Sicherheitsschrauben, er trägt dem Staatsleiter den Nid und handelt zugleich wie der strahlige Heizer, der das Kesselventil betätigt.
Etwas Einsicht hätten sogar die Väter des Sozialistengesetzes, daß sie der unterdrückten, außerhalb des gemeinen Rechts gestellten Partei nicht den Gebrauch des Wahlspruchs und die Wahlaktion verboten. Und damals bestand der autoritäre, der Obrigkeitstaat!

Daher der demokratische Staat zu, was der militärische Verräter Sachsens unternommen hat, so gibt er sich selbst auf. Denn die Wahnahme des Generals Müller verbietet nicht nur die Vorbereitung geschwinder Handelns, sondern sie verbietet die Bekämpfung einer Bewegung in gesetzlich geordneter Form. Sie macht den Lehrgang und Trägern dieser Bewegung die Einfügung in das Verfassungsgesetz unmöglich, verbaut ihnen geradezu den Weg, der zur Wandlung führen könnte, und zwingt sie, im Wunderglauben an die Gewalt zu verzweifeln. Entweder hebt die politische Leitung des Reiches Müllers Verbot auf oder sie sanktioniert die Gewaltspolitik der verbotenen Parteien.

Wie es kein Kompromiß geben darf in der Abwehr gewalttätiger Unternehmungen gegen den Staat der Demokratie, so ist kein Kompromiß zulässig in der Frage: wer das Wahlrecht der Demokratie benutzen darf. Jedem Staatsbürger muß es offen stehen, seiner darf ausgeschlossen sein, es sei denn, er stehe unter Ehrverlust. Wer anders urteilt, der verweist die Entschieden auf den Weg der Gewalt!

Die sächsische Krise

Jetzt haben wir glücklich in Sachsen wieder einmal eine Regierungskrise. Nachdem die Demokraten erklärt haben, daß sie der Regierung Fellisch ihr Vertrauen entziehen, mußte Genosse Fellisch seinen Rücktritt erklären, da er mit Hilfe der Demokraten gewählt war. Wäre Genosse Fellisch gefestert nicht zurückgetreten, so wäre die Regierung am Dienstag gestürzt worden, da es die Parteien von rechts und links auf ihre Vesteiligung abgesehen hatten. Ueber einen Mangel an Regierungskrisen haben wir in Deutschland überhaupt nicht zu klagen, aber Sachsen hat in dieser Beziehung besonders Großes geleistet. Im Dezember vorigen Jahres trat der Landtag zusammen, viermal bereits mußten wir uns seit dieser Zeit mit der Umbildung der Regierung befassen. Ein Segen für Land und Volk sind diese fortgesetzten Regierungskrisen sicher nicht. Mehr denn je wäre es in dieser Zeit notwendig, daß die Parlamente ihre Kraft den sachlichen Aufgaben widmen, die ihrer Lösung harren. Aber durch die kurz hintereinander folgenden Krisen mit ihren unvermeidlichen Verhandlungen, Konferenzen und Parteitagen, geht nicht nur unendlich viel kostbare Zeit verloren, sondern die Kraft von Parlamentariern und Ministern wird gemüht. Darunter muß die sachliche Arbeit leiden. Wichtige Vorlagen werden erst im letzten Augenblick unmittelfach vor den Ferien zwischen Tür und Angel erledigt. In der Zeit vom Rücktritt einer Regierung bis zur Neubildung ist die Staatsverwaltung stark gehemmt. Die Beamten in den Ministerien wissen nicht, ob nicht ihre Arbeit zum großen Teil für die Koch ist, weil sie möglicherweise nicht den Beifall des neuen, noch unbekanntem Ministers findet.
Es ist gar nicht abzuschätzen, wie große Schäden für unsere Wirtschaft und unsere Staatsfinanzen aus diesem fortwährenden Krisenzustand entstehen. Die Verantwortung für die gegenwärtige Krise haben, ebenso wie am Anfang dieses Jahres für den Sturz der Regierung Lipinski, die Kommunisten und die bürgerlichen Parteien zu tragen. Das Verhalten der Kommunisten ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Jetzt, in den Zeiten der stärksten Reaktion, wäre es mehr denn je notwendig, daß das sozialistische Volkwerk Sachsen gehalten wird. Daß die Reichsparteien, Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen, die erste beste Gelegenheit benutzen würden, um die verhasste sozialistische Regierung Fellisch zu stürzen, war zu erwarten. Für die Demokraten ist angelegentlich Liebmann der Stein des Anstoßes. Den äußeren Anlaß zu ihrem Vorgehen gab die Veröffentlichung der Leipziger Neuesten Nachrichten über die von Liebmann seinerzeit den Kommunisten wegen Verwendung des 20-Millionen-Fonds abgegebene Erklärung. Aber Liebmann hat zur Genüge klargestellt, wie wenig berechtigt die Vorwürfe sind, die ihm in den Leipziger Neuesten Nachrichten gemacht wurden. Und während seiner Ministeriätigkeit ist Genosse Liebmann durchaus korrekt gewesen. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Fall Liebmann den Demokraten die erste beste Gelegenheit gab, sich von der von ihnen mitgewählten sozialistischen Regierung loszusagen. Sie haben offenbar Angst vor der Courage bekommen, die sie, wie man anerkennen muß, bei der Bildung der Regierung Fellisch bewiesen haben.

Der Sturz Fellichs war um so unverantwortlicher, als die schuldigen Parteien wissen, wie schwer bei der jetzigen Zusammenlegung des Landtags die Neubildung einer Regierung ist. Nach den Beschlüssen des letzten Parteitages haben die Instanzen der S. P. D. zunächst mit den Kommunisten in Verhandlungen zu treten. Die Bildung einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten ist gegenwärtig aus den verschiedensten Gründen schwierig, wenn nicht unmöglich. Möglich wäre vielleicht eine sozialistische Minderheitsregierung nach dem Vorbild der Zeigner-Regierung auf der Grundlage einer sozialistisch-kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. Ob die Kommunisten eine derartige Regierung unterstützen wollen, wissen wir nicht. Jeder Sozialist muß wünschen, daß recht bald eine geschlossene proletarische Einheitsfront zustande kommt. Ob aber unter den heutigen Umständen eine auf Kommunisten gestützte Regierung Aussicht hätte, mit dem durch den Belagerungszustand gegebenen äußeren Schwierigkeiten auch nur einigermaßen fertig zu werden, muß dahingestellt bleiben. Erfahrungen der letzten Zeit haben leider auch genügend gezeigt, wie tief die Kommunisten noch immer im Putzismus verstrickt sind. Jede Regierung muß, wenn sie sich halten will, für Ordnung und Sicherheit im Lande sorgen. Dabei kann es leicht passieren, daß sie Maßnahmen ergreifen muß, die den Kommunisten eine weitere Unterstützung der Regierung einfach unmöglich machen. Ein bei Unruhen abgegebener Schuß eines Polizisten kann genügen, um den schärfsten kommunistischen Vorstoß gegen die Regierung hervorzurufen, auch wenn sie beim Entstehen der Regierung Hilfe geleistet haben. Es ist ja übrigens die offen ausgesprochene Absicht der Kommunisten, die R. S. P. D., sobald Gelegenheit dazu ist, in neue Krisen hineinzuführen, weil sie glauben, auf diese Weise die sozialdemokratischen Massen von den Führern trennen zu können.

Die Abneigung unserer Parteigenossen gegen jede Verbindung mit den Rechtsparteien wurde auf dem letzten Parteitag wiederum stark bekräftigt. Es ist in der heutigen Zeit doppelt begreiflich, wenn man sieht, wie kläglich auch die Demokraten im Kampf gegen die Militärbefehlshaber verfallen. In einem Kampfe, den jeder ehrliche Demokrat

Schwanken der Preise

Die Hoffnung auf eine Fortsetzung des Preisabwärtens scheint eine Enttäuschung zu erleben. Es ist richtig, daß die überhöhten Preise, die wir vor 3 bis 4 Wochen hatten, gesunken sind. Aber das waren regelrechte Wucherpreise, in denen etliche hundert Prozent Mißgewinn eingerechnet waren. Seit ungefähr acht Tagen ist der Preisabwärt ins Stocken gekommen. Die Preise halten sich, und es scheint, daß Groß- und Kleinhändler gar nicht mehr daran denken, noch weiter herunterzugehen, trotzdem allerorts Wühne und Gehälter gezahlt werden, die weit unter dem sogenannten Friedensstand liegen und viele landwirtschaftliche Erzeugnisse, vor allen Dingen Getreide und Fleisch, kaum über den Friedenspreis beim Erzeuger gekauft werden, sind wir noch himmelsweit von sogenannten Vorkriegspreisen entfernt. Fleisch kostet vor acht Tagen mindestens eine Mark und jetzt werden an manchen Stellen schon wieder keine Preisreduzierungen vorgenommen. Das Brot ist etwas im Preise gesunken, es steht aber in gar keinem Verhältnis zu den Roggenpreisen, und betrachtet man einmal die Preise für Butter, die allerdings ansehnlich noch recht knapp ist, so muß unter Berücksichtigung der Milchpreise von Wucherpreisen gesprochen werden. Fragt man die Händler, woher es komme, daß seit einigen Tagen keine Preisreduzierungen mehr stattfinden, so erklären sie, daß die Schuld an den Erzeugern liege, und daß ganz über wieder mit einer Erhöhung der Preise gerechnet werden müsse.

Das ist der Teufel, der immer angewandt worden ist, wenn das Publikum wieder zu kaufen begann. An den Käufern liegt nämlich die größte Schuld, daß der Preisabwärt nicht in genügender Ausmaße vor sich geht. Als die Preise höher und höher stiegen, versuchte jede Frau noch zu kaufen, was gekauft werden konnte, bis sie endlich am Ende ihrer Kaufkraft angelangt war. Später konnte niemand mehr kaufen. Die Massen mußten ihren Bedarf einschränken. Das Geschäft ging von Tag zu Tag schlechter und je mehr der unwillkürliche Käuferstreik in Erscheinung trat, um so mehr stellte sich bei manchen Geschäftslenten unter der Wirkung der Stabilisierung der Mark ein Geldmangel ein, so daß ein Verkauf der bisher durch hohe Preise festgehaltenen Waren vorgenommen werden mußte. Man setzte einfach die Preise ein wenig herab, dann etwas mehr, weil absolut kein Risiko mit der Preisreduzierungs verbunden war. Die Preise waren eben über das normale Maß weit hinausgeschossen. Der Kunde wurde wieder freundlich behandelt, und die Frauen kauften wieder, überrascht und erfreut, so viel als möglich von der wohlfeileren Ware.

Für den Augenblick war also der Käuferstreik überwunden. Aber mit ihm ging auch der gute Wille des Verkäufers zum Teufel, eine weitere Verbilligung einzutreten zu lassen. Mit dem alten Kniff, es wird wahrheitsförmlich in Wände wieder alles teurer, ist es gelungen, die meisten der Käufer zu betören. Ein Wunder ist es also nicht, wenn jetzt die Preise wieder steigen und die Tendenz haben, wieder anzukommen.

gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Verdienstspanne zwischen inländischen Erzeugerpreisen und Kleinhandelspreisen immer noch viel zu hoch ist, daß sie, man kann das Wort getrost gebrauchen, an Wucher grenzt. Sogar das Brot ist noch viel zu teuer, selbst wenn es in einzelnen Orten schon für 66 Goldpfennig abgegeben wird. Der Brotpreis darf nur auf dem Roggenpreis aufgebaut werden und der Roggen ist heute beim Großhändler, nicht beim Erzeuger, für reichlich 8 Mark zu haben. Nach altem Brauche wird auf 5 Pfund Roggen ein Brot gerechnet. In dieser Roggenmenge sind alle Steuern, Vorkaufspreise und verglichen entfallen. Die Bäcker erklären, das Mehl koste mindestens 18 bis 20 Pfennig und sie könnten deshalb kein Brot unter 66 Pfennig herstellen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß auf dem Lande die Bäcker 5 Pfund Roggen gegen ein Brot eintauschen und dabei ein glänzendes Geschäft machen. Argendies muß also die Kalkulation der Bäcker, die noch bis zu 70 Pfennig für ein Brot verlangen, ein Loch haben. Es ist auch selbstverständlich, daß ein Produkt wie das Brot zu teuer wird, wenn die Mühlen hohe Mählöhne und Spesen, daneben Ans- und Abfahrtskosten berechnen, der Bäcker außerdem beim Anlauf des Mehls ungefähr 10 Prozent Ansoßen anrechnet und dann noch den Vorkauf und alle sonstigen Abgaben neben einem reichlichen Gewinn einkalkuliert.

Es ist die Frage aufzuwerfen, wieviel die Schuld an den hohen Preisen auch unter Frauen trifft. Es steht auf jedem Fall fest, daß viele Frauen, auch die, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, sehr selten danach fragen, warum der Preis für dieses oder jenes Produkt so hoch ist, und daß sie unbedenklich das glauben, was ihnen ein Händler oder ein sonstiger Interessent erzählt. Es wird eben gekauft. Gerade unsere Arbeiter- und Beamtenfrauen mühen sich an Interesse daran haben, daß durch ein solidarisches Vorgehen die Preise soweit heruntergedrückt werden, daß sie sich den stark verminderten Löhnen und Gehältern anpassen. Das ist durchaus möglich.

Notwendig ist aber ein tatkräftiges Eingreifen der Regierung. Statt mit Wuchern ergebnislos zu verhandeln, sollte sie es ruhig auf die Probe antommen lassen, ob die Preise nicht weiter abzubauen sind. Sie hat die Möglichkeit, für alle Stufen der Produktion und des Handels Angemessenheitspreise festzusetzen. Durch ein scharfes Vorgehen gegen den Wucher kann sie ihre bedrohte Zwischenstellung, die Rentenmarkt, schützen, denn die beste Bedingung der Rentenmarkt ist noch immer die Bewußtheit der Bevölkerung, für das neue Geld der Regierung auch morgen noch gleich viel Ware zu bekommen. Die Regierung hat es also in der Hand, entweder dem Wucher gebührend entgegenzutreten und die Rentenmarkt zu retten oder aber in der bisherigen Taktik zu verharren und der Wirtschaft und dem Handel zuliebe nicht nur die Rentenmarkt, sondern auch unser Volk langsam untergehen zu lassen.